

Positionen verschiedener Parteien zum Klimaschutz

Zusammengestellt anhand ihrer Wahlprogramme von Hans U. Scholz und Reinhart Kraft

V.i.s.d.P. Reinhart Kraft, 12307 Berlin Friedensweg 7b

THEMEN	CDU/CSU	SPD	GRÜNE	FDP	LINKE	AFD
KIMASCHUTZ	Wirtschaftswachstum und Umweltschutz lassen sich versöhnen. Wir setzen auf ein Industriekonzept mit stimmigem ökologischem Ansatz.	Eine der größten Herausforderungen für Europa. Wir sind die einzige Generation, die den Schaden noch eindämmen kann.	EU soll zum Vorreiter von Klimaschutz, erneuerbaren Energien und Energieeffizienz werden.	Der Klimawandel ist eine der größten globalen Herausforderungen. Nationale Alleingänge werden dieser Aufgabe nicht gerecht.	Beim Klimaschutz drängt die Zeit. Wir brauchen eine europäische Energie- wende. Die Erhaltung von Natur und Umwelt über den Profit stellen.	Wir bezweifeln, dass der Mensch die Erderwärmung maß- geblich beeinflusst hat. Klima- schutzpolitik ist ein Irrweg.
REDUKTIONSZIELE	Wir konkretisieren die Ergebnisse der UN Klimakonferenz von Paris.	Minderung der Treibhausgase um 45 % bis 2030. 32,5 % Energieeffizienz bis 2030 in der EU.	Minderung der Treibhausgase um 45 % bis 2030.	Um CO ² -Emissionen wirksam zu reduzieren, braucht es den Einsatz der gesamten Weltgemeinschaft.	Minderung der Treibhausgase um 65% bis 2030.	Die AfD lehnt die Pariser Klima- vereinbarung ab. Die AfD lehnt alle EU-Maßnahmen ab, die die Reduzierung der CO ² -Emissionen mit dem Klimaschutz be- gründen.
MASSNAHMEN	Wir fordern eine Bepreisung der Treibhausgasemissionen auf glo- baler Ebene, aber keinesfalls im nation- alen Alleingang.	Funktionieren des Emissionshandels / Einführung eines CO ² -Preises für die übrigen Sektoren / Den Wandel der Autobranche hin zum Anbieter von zukunftsweisenden Mobilitäts- konzepten unterstützen.	CO ² Mindestpreis für Emissionshandel einführen. Aufkommensneutrale CO ² - Steuer für andere Sektoren / Speiche- rungssysteme ausbauen.	Ausweitung eines wirksamen Emissionshandels auf alle Akteure, auch Luftverkehr und Schifffahrt.	Energieversorgung umfassend bür- gemah organisieren. Die großen Energiekonzerne vergesellschaften. Einführung einer CO ² -Steuer.	Der Einsatz fossiler Energieträ- ger wie Öl und Kohle kann vor allem durch die Weiternutzung der Kernkraft reduziert werden.
ENERGIEPOLITIK	Europaweiter Ausbau erneuerbarer Energien.	Mehr erneuerbare Energien in ganz Europa / Ein europäischer Energie- binnenmarkt / Alternative Kraftstoffe / Wasserstofftechnologie weiterentw- ckeln.	Schnellerer Ausbau der erneuerbaren Energien / Jedes neue Gebäude ener- gieeffizient.	Vertrauen auf die Lenkungswir- kung eines wirksamen Emissions- handels. Vernetzung des europ. Energiebinnenmarktes.	Energieerzeugung bis 2040 vollstän- dig aus erneuerbaren Quellen.	Ein breiter Energiemix aus Kohle, Öl, Erdgas, Wasserkraft und Kernkraft.
KOHLEAUSSTIEG ATOMKRAFT	Ausstieg aus Kohle und Kernkraft erst dann, wenn gewährleistet ist, dass keine Versorgungslücke ent- steht und u.U. Strom aus nicht rege- nerativen Quellen importiert wird.	Fahrplan für einen europäischen Atomausstieg / Ausstieg aus der Braunkohle / Ein Transformations- fonds für Regionen auf dem Weg zur Dekarbonisierung.	Europaweiter Ausstieg aus Kohle- u. Atomstrom.	Nutzung von Kernkraft wird tole- riert, bei einem einheitlichen europ. Sicherheitsniveau.	Kohleausstieg bis 2030. Absage an Atomkraft und Fracking.	Braunkohle ist der einzige kos- tengünstige und langfristig ver- fügbare inländische Energieträ- ger.
STRASSEN- VERKEHR	Sicherung der individuellen Mobilität / Stärkung der Autoindustrie / Plädoyer für Diesel / Förderung von Elektromobilität, ÖPNV u. Schiene.	Förderung sauberer urbaner Ver- kehrssysteme mit Vorrang beim ÖPNV / Elektrifizierung und Vernet- zung aller Verkehrsträger.	Weniger, aber dafür saubere u. leise Autos / Bessere Zug- und ÖPNV – An- gebote / Strengere Abgaswerte.	Alle Verkehrsträger nach ihren Stärken einsetzen, ohne einzelne zu bevorzugen.	Zeit für eine Verkehrswende. Mehr Auto bedeutet mehr CO ² -Belastung. Bus, Bahn und Radwege ausbauen. ÖPNV langfristig kostenfrei.	Die individuelle Mobilität des Menschen auf keinen Fall ein- schränken.
FLUG- und GÜTER- VERKEHR	Ausbau leistungsfähiger Netze mit ef- fizienter Logistik.	Güterverkehr verstärkt auf die Schiene. Emissionsarme Antriebe im Flug- und Schiffsverkehr.	Wenige Kurzstreckenflüge / Massive In- vestitionen in transnationalen Schienen- verkehr.	Mit Digitalisierung und autonomen Systemen können wir unsere Mo- bilität noch gewaltig steigern.	Innereuropäisches Fliegen teilweise auf die Bahn verlegen. Steuer- vor- teile für Luftfahrt beenden.	LKW-Fracht weitgehend auf Bahn und Schiff verlegen.
RAD- und FUSSVERKEHR	Ohne Angaben	Nachholbedarf bei ÖPNV, Fuß- und Radverkehr.	Ausbau von Fuß- und Radwegen.	Ohne Angaben	Städte, in denen es Spaß macht, Rad zu fahren u. zu Fuß zu gehen.	Ohne Angaben
LUFTVERSCHMUTZUNG, DIESEL	Die ideologische Ablehnung des Die- sels kommt für uns nicht in Frage. -	Europäisch vereinbarte Grenzwerte sollen zu marktfähigen Innovationen in der Antriebstechnologie führen.	Ab 2030 nur noch Zulassung von abgas- freien Autos.	Fahrverbote vermeiden, Luftquali- tätsrichtlinien überprüfen .	Bundesregierung darf nicht einseitig erhöhte Abgaswerte zulassen.	Es gibt keine bedenklichen Stick- oxydwerte. E-Mobilität bringt keine besseren CO ² - Werte. Der Diesel ist das bessere Konzept.

Positionen verschiedener Parteien zur Landwirtschaft

Zusammengestellt anhand ihrer Wahlprogramme von Hans U. Scholz und Reinhart Kraft
V.i.s.d.P. Reinhart Kraft, 12307 Berlin Friedensweg 7b

THEMEN	CDU/CSU	SPD	GRÜNE	FDP	LINKE	AFD
LANDWIRTSCHAFTS-POLITIK	Für eine ökologisch und ökonomisch tragfähige Landwirtschaft mit fairen Wettbewerbsbedingungen.	Umwelt- und Verbraucherschutz sowie soziale Standards müssen die Grundlagen der europ. Landwirtschaft sein	Für eine europäische Agrarwende mit dem Schwerpunkt bäuerliche Landwirtschaft mit hohem Natur- und Tierschutz.	Die gemeinsame Agrarpolitik muss marktwirtschaftlich modernisiert werden. Fairer Wettbewerb, mehr Investitionen in innovative Forschung und Technik.	Die EU muss ihre Orientierung auf Wettbewerb und Export aufgeben. Stattdessen sollen regionale Erzeugung, Verarbeitung und Wertschöpfung gefördert werden.	Weniger EU würde auch weniger Bürokratie für die Landwirtschaft bedeuten, die nur Zeit und Geld kostet und keine positiven Auswirkungen hat.
AGRARSUBVENTIONEN	Müssen in der Form der Direktzahlungen und in bisheriger Höhe erhalten bleiben – für die kleineren wie für die größeren Betriebe.	Die Agrarförderung an Kriterien binden, die den ländlichen Regionen, dem Tier- und Umweltschutz zugutekommen.	Gezielte Förderung ökologischer Landwirtschaft mit artgerechter und flächengebundener Tierhaltung.	Stärker auf Marktwirtschaft setzen und die Agrarsubventionen sukzessiv absenken. Betriebe dabei unterstützen, von Fördermitteln unabhängig zu werden.	Bei Agrarsubventionen müssen ökologische und soziale Kriterien verpflichtend werden.	Wir wollen die Förderungspolitik nach Deutschland zurückholen..
BÄUERLICHE LANDWIRTSCHAFT	Kleine und mittlere Betriebe, die bäuerliche Tierhaltung und junge Landwirte stärker fördern.	Agrarfördermittel nicht von der Betriebsgröße abhängig machen.	Bisherige Förderpolitik begünstigt Großbetriebe und trägt zum Höfesterben bei.	Die Kosten für traditionelle Landwirtschaft steigen. Die Digitalisierung kann zukunftssichernde Antworten liefern.	Mindestlöhne und Sozialversicherung müssen auch für mitarbeitende Familienangehörige und Saisonarbeitskräfte gelten.	Subventionen müssen vor allem kleine Familienbetriebe berücksichtigen.
LEBENSMITTEL-KENNZEICHNUNG	Heimische Produkte durch regionale Ursprungsbezeichnungen schützen	Wir wollen eine Nährwertkennzeichnung für den Zucker-, Fett- u. Salzgehalt von Lebensmitteln. Ferner Angaben, woher tierische Produkte kommen und ob genveränderter gefüttert wurde.	Eine leicht verständliche Nährwertampel für Lebensmittelprodukte.	Keine Angaben	Wir wollen Lebens- und Futtermittel kennzeichnen, die mit Pestiziden u. Fungiziden behandelt sind.	Für die regionale Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte ist eine entsprechende Lebensmittelkennzeichnung nötig.
LEBENSMITTEL-EXPORTE	Freihandel und Globalisierung eröffnen unseren Unternehmen zusätzliche Absatzmärkte.	Wir lehnen landwirtschaftliche Produktion ab, die nur auf den Export abzielt und den Märkten in Entwicklungsländern schadet.	Mit Rücksicht auf die Märkte in Afrika Preisdumping beenden.	Die gemeinsame Agrarpolitik soll nicht zulasten der Entwicklungsländer betrieben werden.	Statt Freihandelsabkommen wollen wir faire internationale Handelsbeziehungen für Agrarprodukte.	Keine Angaben
GENTECHNIK	Keine Angaben	Wir wollen keinen Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen in Europa.	Mit Rücksicht auf die Artenvielfalt lehnen wir die Gentechnik in der Landwirtschaft ab und verlangen eine klare Kennzeichnung.	Für einen offenen Umgang mit neuen Züchtungstechniken, der Gentechnik zur Änderung im Erbgut einer Nutzpflanze.	Gentechnik in der Landwirtschaft lehnen wir ab.	Keine Angaben
PATENTE AUF SAATGUT	Keine Angaben	Keine Angaben	Das Patentieren von Saatgut macht die Landwirte abhängig und hat fatale Folgen besonders in den Entwicklungsländern	Keine Angaben	Patente auf Pflanzen und Tiere lehnen wir ab.	Keine Angaben
TIERHALTUNG TIERSCHUTZ	Harmonisierung von Tierschutzvorschriften auf EU-Ebene.	Wir wollen eine neue europäische Tierschutzstrategie mit verbessertem Schutz bei Tiertransporten erarbeiten.	Abkehr von den großen Tierbeständen. Nur so viele Tiere, wie ein Betrieb mit seiner Fläche ernähren kann. Der Tierschutz muss erheblich verbessert werden.	Einführung eines verpflichtenden europäischen Tierschutzsiegels, mit dem der Verbraucher die mit dem Produkt verbundenen Schutzstandards erkennen kann.	Wir wollen verbindliche Kriterien für eine tier- und umweltgerechte Tierhaltung.	Konsequenter Tierschutz im Sinne unserer Verantwortung für Tiere als fühlende Mitgeschöpfe. Schlachtung nach religiösen Ritualen nur nach Betäubung.
UNKRAUTVERNICHTER	Die Digitalisierung der Landwirtschaft macht es möglich, Pflanzenschutzmittel einzusparen	Nach 2023 muss Schluss sein mit Glyphosat und anderen schädlichen Pflanzengiften.	Giftige Pestizide wie Glyphosat schaden Bienen, Insekten und Vögeln und müssen vom Acker.	Für ein einheitliches EU-Verfahren zur Zulassung von Pflanzenschutzmitteln.	Den Einsatz von chemischen Unkraut- und Schädlingsvernichtern drastisch reduzieren !	Keine Angaben
FORSTWIRTSCHAFT	Keine Angaben	Keine Angaben	Keine Angaben	Für Schutz von Wäldern und für Aufforstung, um CO ² - aus der Luft zu binden. Die EU bietet ein enormes Potential für Aufforstung.	Der illegale Holzhandel muss unterbunden werden. In waldarmen EU Ländern soll aufgeforstet werden.	Keine Angaben
LANDSPEKULATION	Keine Angaben	Keine Angaben	Betriebe müssen vor „Land grabbing“ geschützt werden durch Obergrenzen von Agrarzahungen pro Nutznießer.	Keine Angaben	Bodenspekulation muss beendet werden. Landwirtschaftliche Flächen müssen wirtschaftenden Landwirten zur Verfügung stehen.	Keine Angaben